

Müller Marketing und Druck AG
3780 Gstaad
033/ 748 88 74
www.anzeigervonsaanen.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'991
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 1
Fläche: 74'458 mm²

GSTAAD Öffentliche Arena zu den Grossratswahlen

Die Kirche fühlte den Kandidaten auf den Zahn



Foto: Robert Schmeiter

Die ganze Arena mit der Moderatorin Sonja Hasler (Mitte)

Es ist eher aussergewöhnlich, dass Kirchgemeinden vor Grossratswahlen zu öffentlichen Wahlveranstaltungen einladen. Doch im Bernbiet steht eine schwierige Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche bevor. Zusammen mit den Synodalratspräsidenten der reformierten und römisch-katholischen Landeskirche diskutierten am Dienstag, 4. März im Kirchgemeindehaus Gstaad Kandidaten der politischen Parteien unter der Leitung von Sonja Hasler (Redaktorin des Schweizer Fernsehens SRF) über das zukünftige Verhältnis Kirche–Staat.

Thomas Frautschi, Präsident der reformierten Kirchgemeinde Saanen, eröffnete die Runde mit einem Gruss und herzlichem Dank an die Arena-Teilnehmer/innen, an das vorwiegend kirchenfreundliche Publikum (Landeskirche und Freikirchen) und an die Moderatorin. Er wünschte sich von den Kandidaten Stellungnahmen zum zukünftigen Verhältnis

zwischen Staat und Kirche und zwischen Stadt und Land. Und er hoffte auf wichtige Informationen und nachhaltige Wahlversprechen der Kandidaten.

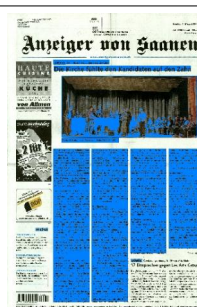
Die Kandidaten nahmen diesen Wunsch ernst. In den Gesprächsrunden selbst fielen daher nur wenige kirchenkritische Äusserungen. Das war verständlich, denn mit kirchenkritischen Äusserungen kann man beim kirchenfreundlichen Publikum kaum Stimmen gewinnen. Für den nötigen «Biss» am Abend sorgte jedoch die Moderatorin Sonja Hasler. Sie habe sich extra rosa angezogen in der Hoffnung auf eine rosige Zukunft der Kirche, sagte sie.

Die Arena

Die Szene war ähnlich aufgebaut wie in den echten Arena-Sendungen im Fernsehen. Es gab einen inneren Kandidatenkreis mit je einem/r Vertreter/in jeder Partei an einem Stehtisch. Dazu gehörten Anita Luginbühl, BDP (bisher), Markus Wenger, EVP (bisher), Hans Rösti, SVP

(bisher), Hans-Jörg Pfister, FDP (bisher), Georges Mäder, SP, Jürg Moor, GLP und Hansjürg Gobeli, EDU. Es fehlten nur die Grünen. Im äusseren Kreis sassen von der FDP die Kandidaten Christian Gafner, Isabelle Giovanella und Philipp Bigler; von der SVP Willi Bach, Renate Bach, Emil Trachsel und Thomas Knutti (bisher); von der BDP – der «anständigen SVP», wie Sonja Hasler sie vorstellte, – René Jaggi und Peter Eberhart (bisher); von der GLP Thomas Raaflaub. An einem kleinen Stehtischen am Rand standen die Experten Andreas Zeller, Synodalratspräsident der reformierten Kirche, und Josef Wäckeler, Synodalratspräsident der röm-kath. Kirche.

In einer ersten Umfragerunde erkundigte sich Sonja Hasler bei den Kandidaten nach ihrem letzten Kirchenbesuch. Sie stellte dabei fest, dass alle Kandidaten relativ gute Kirchgänger sind und vor allem an Abdankungen und kirchlichen Feiertagen die Gottesdienste besuchen.



Müller Marketing und Druck AG
3780 Gstaad
033/ 748 88 74
www.anzeigervonsaanen.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'991
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 1
Fläche: 74'458 mm²

Von den Experten wollte sie dann wissen, ob Kirchgänger bessere Politiker seien als Nichtkirchgänger. Beide Experten verneinten dies jedoch und betonten, dass so oder so bei allen Politikern Wort und Tat übereinstimmen sollten.

Die Sparrunde

In der folgenden «Sparrunde» sagten praktisch alle Kandidaten: «Sparen bei der Kirche ja, aber ...» Wenger sagte zum Beispiel: «Sparen ja, aber Partner, mit denen man schon so lange verbunden ist, darf man nicht innerhalb einer Budgetsparübung einfach so vor den Kopf stossen.» Giovanella betonte, man müsse trotz der nötigen Sparübungen mit den Kirchen im Gespräch bleiben, denn gerade in der heutigen Zeit brauche es die Kirchen, um im Alltag Herz zu zeigen. Knutti möchte ganz konkret sparen, indem die Pfarrlöhne auf Fr. 100'000.– reduziert werden und das Gratis-Wohnen in den Pfarrhäusern endlich gestrichen wird. Er wusste jedoch nicht, dass die allermeisten Pfarrer schon seit vielen Jahren monatliche Mietzinse zwischen Fr. 2'000.– oder sogar Fr. 3'000.– bezahlen und dass diese Mietzinse erst noch vom Kanton festgelegt werden. Moor will bei den Kirchen nicht nur sparen, sondern auch das alte Abkommen von 1804, das den Kanton verpflichtet, die Pfarrlöhne zu bezahlen, zur Sprache und, wenn möglich, zu Fall bringen. Pfister entgegnete ihm jedoch, im Grossen Rat sei dieses Anliegen erst kürzlich mit 47 zu 75 abgelehnt worden. Mäder war der Einzige, der nicht sparen möchte, denn Sparen koste letztlich immer Geld.

Vom reformierten Experten Andreas Zeller wollte Sonja Hasler anschliessend wissen, ob er in der letzten Zeit nicht ab und zu heimlich geflücht habe. Er verneinte, aber er betonte, dass ihn diese Sparübungen schon ziemlich viele Nerven gekostet haben. Schon in den letzten Jahren – auch 2014 – habe man ja bereits 45 Pfarrstellen abgebaut. Und er sagte, der Synodalrat wehre sich auch dagegen, dass ganze Gebiete einfach zu einer

grossen Kirchgemeinde zusammengelegt werden. Denn die Urzelle der Kirche sei die Ortsgemeinde. Gadmen brauche darum auch weiterhin eine Pfarrerin vor Ort. Aber diese werde in Zukunft zusätzliche Aufgaben an andern Orten übernehmen. Eine solche Reorganisation brauche aber viel mehr Zeit, als die Regierung der Kirche vorgebe.

Der katholische Experte Josef Wäckerle betonte, dass für die katholische Kirche das Problem an einem andern Ort liege. Die reformierte Kirche müsse im Kanton Bern flächendeckend Pfarrstellen erhalten, die Katholiken jedoch nur dort, wo es auch genügend Katholiken gibt. Von den Katholiken im Kanton Bern sei aber rund ein Drittel fremdsprachig. Daher müsse seine Kirche viele fremdsprachige Regionalpfarrstellen einrichten.

Auflockerungsrunde

Zur Auflockerung stellte Sonja Hasler den Kandidaten zwischendurch ein paar Fragen zu aktuellen Problemen. Mit 3 zu 14 stimmten die Kandidaten in dieser Runde für die Erhöhung des Rentenalters auf 67. Mit einer Stimme gegen alle wurde die Einführung eines Mindestlohnes abgelehnt. Mit 2 gegen 15 Stimmen wurde dem Kauf des «Gripen» zugestimmt. Nur vier waren dafür, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen. Alle waren dagegen, dass der Islam im Kanton Bern als Landeskirche anerkannt wird. Nur einer war für die Einführung einer Einheits-Krankenkasse. Alle waren gegen die Legalisierung der vielen «Sans-Papiers» im Kanton Bern. Nur zwei waren für den Ausbau der A1 auf sechs Spuren. Und alle lehnten die Einführung einer Frauenquote von 35 Prozent bei den Kaderstellen ab.

Schlussrunde

Nach dieser Auflockerungsrunde kehrte man zum Kernthema und zum Sparen zurück und zur Frage, warum das, was in andern Kantonen gemacht worden ist, im Kanton Bern nicht möglich sei: Nämlich eine Leistungsabgeltung an die Kirche

statt der Bezahlung der Pfarrlöhne aufgrund uralter Verträge. «Die katholischen Kantone haben dieses Problem nicht. Denn diese Kantone haben gar nie Kirchengüter eingezogen», erklärte Zeller. «Der Kanton Bern hat damals eine radikale Enteignung durchgeführt. Die Kirchen haben einen enormen Aderlass erlitten. Zudem wurden sie extrem stark in den Staat eingebunden. Kein anderer Kanton hat zum Beispiel einen Kirchendirektor. Die Pfarrer sind heute Angestellte des Kantons und nicht der Kirche.»

Der katholische Experte Wäckerle wurde von Sonja Hasler leicht provokativ gefragt, ob all die Sparübungen der katholischen Kirche nicht entgegenkommen würden, denn schliesslich fordere Papst Franziskus ja eine arme Kirche. Doch Wäckerle stellte klar, dass der Papst nicht eine Kirche ohne Geld fordere, sondern eine Kirche, die für die Armen da ist; eine Kirche, die so handelt, wie der Papst an seiner Geburtstagsfeier gehandelt hat. Der Papst habe nämlich nicht einfach nur Würdenträger zur Feier eingeladen, sondern auch viele Obdachlose der Stadt. Eine solche Kirche fordere der Papst. Aber um für die Armen da zu sein, brauche es eben auch Geld, sagte Wäckerle.

In der Schlussrunde wurde schliesslich auch noch über die Kirchensteuern der juristischen Personen, über die Erhöhung der Grossratslöhne während einer Spardebatte und über den Dienst der Kirche an Nichtmitgliedern diskutiert. Hansruedi Spichiger, Vertreter des Gemeindeverbandes und früherer Verantwortlicher beim Kanton für kirchliche Angelegenheiten, gab den Kandidaten schliesslich zu bedenken, dass Pfarrer eine sehr lange Kündigungsfrist haben, dass unverschuldete Kündigungen daher eventuell grosse Abgangschädigungen zur Folge haben könnten und dass Frühpensionierungen letztlich viel mehr Geld kosten könnten, als eingespart wird. Als Bürger habe man Mühe, das vorgegebe-

Datum: 07.03.2014

Anzeiger von Saanen



Müller Marketing und Druck AG
3780 Gstaad
033/ 748 88 74
www.anzeigervonsaanen.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'991
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 1
Fläche: 74'458 mm²

ne Tempo der Regierung zu verstehen, sagte er. Eine solch tiefgreifende Veränderung brauche viel mehr Zeit. Im Schlusswort dankte Thomas Frautschy allen Beteiligten und zollte den Kandidaten und Kandidatinnen seine Achtung und seinen Respekt, dass sie sich so etwas antun und sich als Kandidaten zur Verfügung stellen. Für diesen Mut der Kandidaten gab es grossen Ap-

plaus vom Publikum. Ein ganz besonderes Dankeschön und einen herzlichen Applaus bekam schliesslich auch Sonja Hasler für die hervorragende und pointierte Leitung der Arena. Beim anschließenden Apéro konnten dann die Kandidaten den Anwesenden auch noch all das sagen, was sie in der kurzen Zeit auf der Bühne nicht sagen konnten.

ROBERT SCHNEITER